

WÄHLEN, BIS DAS ERGEBNIS STIMMT

EINE ANALYSE DER TÜRKISCHEN PARLAMENTSWAHL(EN) 2015 UND DEREN ERGEBNISSE

Von Tanil Bora

In diesem Jahr brachte die Türkei innerhalb kurzer Zeit zwei Parlamentswahlen „hinter sich“. Die Wahl am 1. November war offiziell eine Neuwahl, in Wirklichkeit handelte es sich aber um eine Wahlwiederholung, nämlich um die Wiederholung der Wahl vom 7. Juni. Damals hatte die Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP) zum ersten Mal seit 2002 die absolute Parlamentsmehrheit verloren und damit auch die Macht der allein regierenden Partei. Die AKP und deren seit 2014 als Staatspräsident amtierender Lenker Recep Tayyip Erdoğan forderten schon nach wenigen Tagen den erneuten Gang zu den Wahlurnen, in der Hoffnung, dieses für sie unerfreuliche Wahlergebnis zu revidieren. Die meisten türkischen Demoskopen, die inzwischen mehr Meinungsführer als Meinungsforscher zu sein scheinen, sagten voraus, dass die Wahlwiederholung kaum neue Ergebnisse liefern würde. AKP und Erdoğan ließen sich davon nicht beirren. Sie boxten die „korrigierende“ Wahlwiederholung durch, indem sie allen Koalitionsoptionen Steine in den Weg legten und gleichzeitig einen Zustand der Unregierbarkeit inszenierten.

Die Demoskopen hatten Unrecht: Die AKP überraschte selbst die größten Optimisten in ihren eigenen Reihen. Sie erweiterte ihren Stimmanteil um 9 Prozentpunkte auf 49,4 %, errang die absolute Mehrheit im Parlament zurück und darf nun wieder allein regieren. Die prokurdisch-linke Demokratische Partei der Völker (HDP), am 7. Juni noch die große Wahlgewinnerin, verlor 2,5 Prozentpunkte. Die ultranationalistische Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) erlitt eine Schlappe und büßte 4,5 Prozentpunkte ein.

Das Wahlergebnis wird im Folgenden aus der Sicht der einzelnen Parteien analysiert. Parteiübergreifend ist zunächst einmal festzustellen, dass die zielstrebig verfolgte extreme Polarisierungs- und Spannungspolitik der Regierung erfolgreich war, was gleichermaßen verblüffend wie bedenklich ist. Der Wahlkampf der im Hintergrund von Präsident Erdoğan gesteuerten Regierung zielte darauf, eine Bürgerkriegsatmosphäre zu schaffen. Diese Strategie paralyisierte den Wahlkampf aller anderen Parteien. Sie wurde damit eingeführt, dass das internationale Vorgehen gegen den Islamischen Staat (IS) von der türkischen Regierung zu einem Vernichtungsschlag „gegen alle terroristischen Organisationen“ umgedeutet und damit für einen Generalangriff auf die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) genutzt wurde. Die Antwort der PKK auf diesen Angriff ließ nicht lange auf sich warten, die Spirale der Gewalt nahm ihren Lauf. Einzelne kurdische Städte im umkämpften Gebiet wurden tagelang von der Außenwelt abgeschnitten und unter Dauerbeschuss genommen. Tote konnten nicht bestattet werden, Leichen lagen tagelang auf der Straße. „Einheiten der speziellen Kriegsführung“, bekannt und berüchtigt auch unter dem Namen „Konterguerilla“, schalteten sich mit einer beängstigenden Grausamkeit in das Geschehen ein. Leichen wurden mit Polizeifahrzeugen durch die Straßen gezerzt, in ihren Häusern eingesperrte Bewohner wurden über Polizeilautsprecher als „armenische Bastarde“ beschimpft. Alles erinnerte an die alptraumhaften Zustände in den 1990er Jahren. Der wieder entflammte Krieg und die ersten Nachrichten über gefallene Soldaten gaben dem in der Türkei stets latent vorhandenen Kurdenhass und der Bereitschaft zur Lynchjustiz neuen Auftrieb. Am 9. und 10. September wurden Parteibüros der HDP in fast 150 Orten gleichzeitig angegriffen und zerstört. Diese Welle der Lynchjustiz war nicht mehr mit der „spontanen Reaktion besorgter Bürger“ zu erklären, sondern wurde in Teilen der türkischen Presse mit der „Reichspogromnacht“ verglichen.

Zwei Selbstmordattentate waren die dunkelsten Momente dieser gewaltbeladenen Tage vor der Wahl am 1. November. Erst fielen am 20. Juli 31 Menschen in der vornehmlich von Kurden bewohnten Stadt Suruç einem Selbstmordattentat zum Opfer, am 10. Oktober starben vor dem Hauptbahnhof von Ankara 102 Teilnehmer einer Friedensdemonstration. Inzwischen zeichnet sich ab, dass beide Massaker von militanten IS-Anhängern verübt wurden. Für Menschen, die vor allem durch das Attentat in Ankara traumatisiert und verständlicherweise auch wütend sind, trägt die AKP-Regierung zumindest die Mitschuld daran.

Denn sie habe durch ihre extrem nachsichtige Politik ermöglicht, dass der IS in der Türkei einen Unterschlupf gefunden habe. Auch habe sie die Untersuchung über die Hintergründe der Attentate nur schleppend vorangetrieben. Die Regierung und die ihr nahe stehende Presse wiederum warfen alles in einen Topf, was ihrer Meinung nach Terroristen sind. Sie machten den Terrorismus als solchen für die Massaker verantwortlich und versuchten, so das eigene Konzept der „Bekämpfung jeglichen Terrors“, damit auch den Kampf gegen die PKK, zu legitimieren. Hierunter ist ein Gesamtkonzept zu verstehen, welches unmittelbar nach dem Anschlag in Ankara mit dem Tränengaseinsatz der Polizei gegen die herbeigeeilten Sanitäter und Helfer sichtbar wurde und sich an den nächsten Tagen in zahlreichen Städten durch die äußerst brutale Unterdrückung der Protestkundgebungen durch die Sicherheitskräfte fortsetzte. Dass Ministerpräsident Davutoğlu ohne Bedenken öffentlich kundtat, dass nach Meinungsumfragen der Stimmanteil seiner Partei nach dem Attentat von Ankara gestiegen sei, dürfte schon ein als obszön zu bezeichnendes Beispiel einer solchen berechnenden Vorgehensweise sein.

Menschen, die Trauer für die Ermordeten empfanden, erschütterte aber vor allem die unverhohlene Schadenfreude und Kondolenzverweigerung, die in den sozialen Netzwerken und in den der AKP nahen Medien zu beobachten waren. Einige Vorfälle nach dem Massaker in Ankara verstärkten dieses Empfinden. Eine vor dem Spiel der türkischen Fußballnationalmannschaft gegen Island in Konya angesetzte Schweigeminute zur Erinnerung an die Opfer des Massakers wurde von vielen Zuschauern durch Buhrufe, Pfiffe und Sprechchöre „Gott ist groß“ gestört. Der Stadtrat von Denizli, einer Stadt im Inneren der Ägäisregion mit etwa 500.000 Einwohnern, lehnte das Abhalten einer Schweigeminute zum Andenken der Opfer des Massakers mit den Stimmen der AKP-Ratsmitglieder ab. Später twitterte einer von ihnen: „Ich musste an meine von Terroristen hinterhältig getöteten Polizisten denken, als ich von dem Vorschlag für eine Schweigeminute für die toten HDP-Anhänger in Ankara hörte. Ich konnte dem Vorschlag nicht zustimmen.“

In dieser von Gewalt und Trauer gekennzeichneten Atmosphäre war es den Parteien nicht möglich, einen geordneten Wahlkampf in herkömmlichem Stil mit Massenversammlungen zu führen. Dagegen wurde die Strategie der „Krise“ von Erdoğan und der AKP wie vorgesehen weiter gepflegt, die von der Machbarkeit eines „nachhaltig leistbaren Bürgerkrieges“ ausgeht. Hierunter sind nicht nur die dauerhafte Kriegsführung und die physische Gewalt zu verstehen. Vielmehr soll mit dieser Strategie aufgezeigt werden, dass auch die Polarisierung der Gesellschaft durch das Erzeugen von Feindbildern und das Kriminalisieren von Bevölkerungsgruppen nachhaltig betrieben werden kann. Der Erfolg eben dieser Strategie ist wohl das wichtigste Ergebnis der Wahl vom 1. November.

In diesem Rahmen wollen wir die Situation aus der Sicht der vier Parteien bewerten, die den Weg ins Parlament gefunden haben.

DIE PARTEI FÜR GERECHTIGKEIT UND FORTSCHRITT (AKP)

„Die Wähler votierten für Stabilität.“ Ja ein Klischee, aber es beinhaltet wie jedes nervtötende Klischee ein Stück Wahrheit. Die AKP konnte offenbar viele Menschen überzeugen, indem sie das Motiv strapazierte, die Wahl vom 7. Juni habe zu Instabilität geführt. Vor allem viele bis dahin Unentschlossene konnten offenbar nicht durchschauen, dass die Regierung diese „Instabilität“ selbst gefördert, tatkräftig unterstützt und dann dieses Motiv in allen Farben ausgeschmückt hatte. Die regierungsnahen Medien, in ihrer Ausrichtung zunehmend parteiischer und manipulierend, trugen dazu erheblich bei, nicht zuletzt durch ihr „Wahrnehmungs-Management“, wie sie die Methode gerne nennen.

Die AKP versprach, die Stabilität wiederherzustellen. Dieses Versprechen, das auch mit einer impliziten Drohung verbunden war, hatte zwei Aspekte: Der eine betraf die Kurdenfrage, der andere die Wirtschaft.

Es ist offensichtlich, dass es der AKP gelang, die Stimmen konservativer Kurden, die sie in der Wahl am 7. Juni verloren hatte, zurückzugewinnen. Zum Teil dadurch, dass sie auf konservative kurdische Meinungsführer, vor allem auf Geistliche, direkt zuging und sie im persönlichen Gespräch wieder auf ihre Seite ziehen konnte. Viel gewichtiger war jedoch die Sorge des kurdischen Mittelstands darüber, dass der Krieg in Kurdistan wieder aufgeflammt war. Der kurdische Mittelstand stand der PKK, dem Gegenspieler der Regierung, schon immer mit einer gewissen Distanz gegenüber. So war es für die AKP nicht besonders schwierig, ihn zur Rückkehr zu bewegen. Dabei unterließen die Sprecher der AKP es nicht, zu betonen, dass sowohl die HDP als auch die PKK die besonnene und kompromissbereite Linie verraten hätten, die Öcalan vom Gefängnis aus vorgegeben hatte.

Was wie ein Paradox aussieht, ist der Umstand, dass die AKP durch das Wiederaufleben der Kämpfe nicht nur einen Teil des kurdischen Mittelstandes, sondern auch solche Stimmen für sich gewinnen konnte, die bisher zwischen ihr und der ultranationalen MHP hin- und hergeschwankt waren. Erdoğan mit seiner Kriegsrhetorik posaunte die Politik der Terrorbekämpfung heraus. Die aus den Beisetzungsfestivals für gefallene Soldaten gespeiste nationalistische Agitation sowie das Gefühl, „die Kurden in ihre Schranken zu weisen“ fanden in dieser Politik ihre Befriedigung.

Große Bevölkerungsschichten, die um ihr täglich Brot kämpfen müssen, interessierten sich nicht besonders für die Massaker in Suruç und in Ankara, auch nicht für den Terror, den die Politik der Terrorbekämpfung selbst auslöste. Das alles war weit weg von ihnen und nicht sie, sondern „andere“ waren betroffen. Für diese Gruppe waren die Sorgen um die wirtschaftliche Stabilität eher bestimmend. Der steile Wertverlust der Türkischen Lira gegenüber Euro und Dollar seit der Wahl vom 7. Juni sowie eine drohende Wirtschaftskrise bewegte diese Gruppe, „keine Abenteuer zu suchen“, zumal sie trotz mancher Unzufriedenheit durchaus hätten die AKP wählen können oder in der Vergangenheit gewählt hatten. Die AKP half dieser Tendenz nach, indem sie im letzten Monat vor der Wahl ihre Wahlversprechen zum sozialen Wohlstand wie zum Beispiel Erhöhung des Mindestlohns, Rentenerhöhung, Existenzgründungsförderung etc. in den Vordergrund stellte. Diese Signale müssen sowohl bei den vom Klientelismus lebenden Kleinbürgern, als auch bei Arbeitern, Rentnern und Armen auf fruchtbaren Boden gefallen sein.

Angestellte aus der konservativen Mittelschicht, die eine gute Ausbildung und einen guten Beruf haben, mussten zudem Angst vor einer „Revanche“ haben. Dieser Kreis, zu dem durchaus auch studierte Frauen mit Kopftuch gehören, hat in den vergangenen Jahren in der Verwaltung, in den Medien und im Wirtschaftsleben die bisher tonangebende städtisch-laizistische Elite aus ihren Positionen vertrieben. Die neue Elite fühlte sich auf unsicherem Boden, aus Angst, den neu gewonnenen Sozialstatus im Falle einer Wahlniederlage der AKP zu verlieren. Der Umstand, dass in der früheren laizistischen Elite, den „weißen Türken“, tatsächlich ein Rachepotential auszumachen ist, nährt die Angst noch mehr. Der in Medien und sozialen Netzwerken ausgetragene heftige „Kampf der Kulturen“ zwischen der alten und der neuen Elite ist einerseits ein Erfordernis des laufenden Propagandakrieges, andererseits aber auch direkter Ausdruck der beschriebenen Angst.

Man darf auch die Erfahrung und Zielstrebigkeit, mit der die AKP „Electoral Engineering“ betreibt, nicht unterschätzen. Vor allem in den Wahlkreisen, die sie knapp verloren hatte, betrieb die AKP Ursachenforschung und stellte zum Beispiel neue Kandidaten auf. Auch die intensive Wählerbetreuung im Ausland trug zum Wahlerfolg der AKP bei. Der Stimmanteil der AKP stieg bei den Auslandswählern von 49 auf 56 %. Nebenbei angemerkt, die HDP blieb bei den Auslandswählern die zweitstärkste Partei, obwohl ihr Stimmanteil von 21 auf 18 % sank.

Ein weiterer Faktor, der für das Wahlergebnis vielleicht nicht bestimmend, aber durchaus wichtig war, ist folgender: Es gab eine nicht zu unterschätzende Gruppe von AKP-Wählern, die am 7. Juni zu Hause geblieben war, weil sie sich an der Orientierung des damaligen Wahlkampfes ausschließlich auf Erdoğan's Wunsch nach einem Präsidialsystem störten. Als diesen Frustrierten die Gefahr des Machtverlustes bewusst wurde, gingen sie am 1. November wählen. Vielleicht sollte man auch auf den Umstand eingehen, dass die AKP nach außen hin mit „Stabilität und Terrorbekämpfung“ warb, während intern mit dem Slogan „Mit Hingabe wie am ersten Tag“ geliebäugelt wurde. Seit einiger Zeit existiert innerhalb der AKP ein Flügel, der sich an Erdoğan's Alleinherrschaft und seiner Politik des Bürgerkriegs stört. Dieser Flügel will zurück zur „Gründungsphilosophie der Partei“, womit eine als konservativ-demokratisch oder konservativ-liberal zu bezeichnende, moderate, kompromissbereite Linie gemeint ist. Obwohl er nicht wenige Anhänger hat, hört man ihn nur leise.

Erdoğan hat praktisch das Präsidialsystem mit sich an der Spitze eingeführt und kontrolliert den Staatsapparat einschließlich der Justiz. Niemand, auch nicht der frühere Staatspräsident Gül, wagt es angesichts Erdoğan's Machtfülle, diesem Flügel Ausdruck zu verleihen oder gar als dessen Repräsentant aufzutreten. Manche Beobachter trauen dem Ministerpräsidenten Davutoğlu zu, die Diskrepanz zwischen der „Erdoğan-Partei“ heute und der ursprünglichen AKP deutlicher werden zu lassen, zumal er Erdoğan's Rekord-Wahlergebnis aus 2011 überbieten und seine Mündigkeit als Politiker unter Beweis stellen konnte. Ein Zeichen dafür sei der Umstand, dass die Schaffung eines Präsidialsystems, im Wahlkampf vor der Wahl am 7. Juni noch das Hauptthema der AKP, vor der Wahl am 1. November kaum noch eine Rolle spielte.

Jedoch gibt es keine Anzeichen dafür, dass Erdoğan sein Ziel aufgeben könnte, das von ihm faktisch praktizierte Präsidialsystem in der Verfassung zu verankern.

DIE PARTEI DER NATIONALISTISCHEN BEWEGUNG (MHP)

Die größte Verliererin der Wahl am 1. November war die MHP. Ihr Anteil sank von 16,4 auf 11,9 % aller gültigen Stimmen. Schlimmer noch aus der Sicht der MHP war die Tatsache, dass die HDP, bedingt durch das Wahlsystem, mit einem geringeren Stimmanteil mehr Abgeordnete (59) in das Parlament schicken konnte, als sie selbst (40). Von der parlamentarischen Fraktionsgröße her rutschte die MHP auf den 4. Platz zurück.

Hinter diesem Rückschlag liegt die destruktive Strategie des MHP-Vorsitzenden Devlet Bahçeli, die er nach der Wahl am 7. Juni ganz offen verfolgte. In Koalitionsverhandlungen nahm er den kompromisslosen Standpunkt eines Totalverweigerers ein, was ihm bald den höhnischen Spitznamen „Mister No“ bescherte. Eigentlich war es die AKP, die nach dem 7. Juni allen Koalitionsoptionen Steine in den Weg legte, um auf die Wiederholung der Wahl zu drängen. Durch Bahçelis Totalverweigerungspolitik wurde aber nicht die AKP, sondern die MHP als die Partei wahrgenommen, die weder Kompromisse eingehen noch eigene Lösungen entwickeln kann. Dazu kommt, dass die MHP in den Spitzen nennenswerter Kommunalverwaltungen kaum vertreten ist. Das bedeutet wiederum, dass auf kommunaler Ebene den Kadern der MHP keine Mittel zum Betreiben von Klientelismus und Patronage offen stehen. In dieser Phase des Aushungerns auf die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung freiwillig zu verzichten, war vielen MHP-Anhängern nicht zu vermitteln.

Die MHP war nicht nur in den Gesprächen über mögliche Koalitionen halsstarrig und borniert, sondern auch ihre Haltung gegenüber der HDP ließ keinerlei Gesprächsbereitschaft erkennen. Bereits am Abend des 7. Juni erklärte die MHP, sie erkenne die HDP als politische Kraft nicht an. Für sie sei die HDP „nicht existent“. Eine der Bedingungen Bahçelis für eine Koalition mit der AKP war die sofortige Beendigung des „Friedensprozesses“. Damit ist die Politik der relativen Annäherung und des Waffenstillstands in der Kurdenfrage gemeint, die die AKP seit 2013 verfolgt. Erdoğan und die AKP haben bisher keine Absage an den „Friedensprozess“ erteilt. Sie erklärten, ihn lediglich auf Eis gelegt zu haben, weil die „PKK ihre terroristischen Aktivitäten wieder aufgenommen“ habe. Sie unterstrichen dabei ihre Entschlossenheit, wieder Krieg zu führen, wenn es erforderlich sei. Wie oben bereits angesprochen, ist das nichts anderes als das Zuckerbrot-Peitsche-Prinzip. Erst einmal wurde der „Friedensprozess“ nicht offiziell für beendet erklärt. Die Friedensperspektive für kurdische Wähler ist zwar momentan gestrichen, kann aber jederzeit wieder aktiviert werden. Gleichzeitig waren die türkischen Nationalisten unter den Wählern wegen der Wiederaufnahme der Kampfhandlungen erleichtert. Sie wissen jetzt, dass die Peitsche (und auch die Bomben) für die Kurden keineswegs aus der Welt sind. Es war eine Folge dieser „Erleichterung“, dass am 9. und 10. Oktober viele Gruppen, die sich als „Ülkücü“ bezeichnen, sich an den Pogromen gegen die Kurden und gegen die HDP beteiligten, obwohl die MHP ihnen die Teilnahme offiziell verboten hatte. Diese „Erleichterung“ war auch die Ursache dafür, dass viele „Ülkücü“ am 1. November die AKP wählten.

Innerhalb der MHP ist Bahçeli inzwischen als Parteiführer umstritten. Ob er sein Amt als Vorsitzender verlieren wird, ist ungewiss. Fest steht aber, dass seine parteiinternen Gegner Bahçeli schon immer Passivität vorwarfen und ihn beschuldigten, die Dynamik der „Ülkücü-Bewegung“ ohne Grund zu bändigen. Zu befürchten wäre jetzt, dass als Reaktion auf die Wahlniederlage sich eine Radikalisierung in der MHP breit macht, die mit einer stärkeren anti-kurdischen Aggressionsbereitschaft einhergehen könnte.

DIE REPUBLIKANISCHE VOLKSPARTEI (CHP)

Der CHP gelang es, ihren Stimmanteil, der bei der Wahl am 7. Juni bei 24,9% lag, am 1. November minimal auf 25,3% zu steigern. Damit lag ihr Stimmanteil fast auf dem selben Niveau wie bei der Parlamentswahl von 2011 (25,9%). Wenn man bedenkt, dass die CHP bei den Parlamentswahlen in 2002 und 2007 lediglich ca. 20 % der Stimmen für sich gewinnen konnte, ist die Stabilisierung ihres Stimmanteils bei 25% durchaus als Erfolg zu bewerten. Auf der anderen Seite ist der CHP kein Erfolg zu bescheinigen, wenn man bedenkt, dass sie nach 13 Jahren Alleinherrschaft der AKP immer noch so weit davon entfernt ist, selbst an die Regierung zu kommen. Die CHP ist nach wie vor eine Kraft im europäischen Teil der Türkei und an der Ägäisküste, auch ihre Hochburgen liegen in diesen Regionen. In den kurdischen Provinzen liegt sie immer

noch bei unter 2 %.

Die CHP legte vor der Wahl am 1. November -wie auch vor der Wahl am 7. Juni- Wert darauf, sich ein Profil als beherrschte, besonnene, sachliche und für Kompromisse offene Partei zu geben. Die Sachlichkeit konnte man am besten in ihrer Wirtschaftspolitik beobachten. Hoch qualifizierte, junge Wirtschaftsfachleute wurden ins Schaufenster der Partei gestellt. Ein Wirtschaftspaket mit Wahlversprechen wurde angekündigt, welches Hinweise darauf gab, dass die Partei sich wieder am Ziel eines sozialen Wohlfahrtsstaates orientieren will. Den Anspruch, für Kompromisse offen zu sein, zeigte die CHP während der Koalitionsverhandlungen nach dem 7. Juni. Mit Geduld versuchte sie die Hindernisse zu umgehen, die die AKP ihr in den Weg legte, um das Zustandekommen einer Koalition auf jeden Fall zu blockieren. Die CHP trat in dieser Phase betont als für Verhandlungen offene und konstruktive Partei auf. Sie versuchte damit, ihren Ruf als „Partei von ewigen Neinsagern und Blockierern“ loszuwerden.

Ergänzend muss man erwähnen, dass die CHP liberaler wurde, was ihre Kurdenpolitik betrifft. Die Rhetorik der „Ulusalci“ bestimmte lange Zeit die Partei. Nach Kemal Kılıçdaroğlu's Übernahme des Parteivorsitzes wurde diese Rhetorik Schritt für Schritt zurückgedrängt. Die CHP beteiligte sich nicht an der nationalistischen Kampagne, mit der die HDP kriminalisiert und aus dem politischen System herausgedrängt werden sollte. Vielmehr stellte sich die CHP dagegen und drückte sich nicht davor, bei bestimmten Anlässen Seite an Seite mit der HDP gesehen zu werden. Unter den Friedensaktivisten, die dem Attentat vor dem Hauptbahnhof von Ankara zum Opfer fielen, befanden sich auch CHP-Mitglieder.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass während des Wahlkampfes das sozialdemokratische Gesicht der CHP klarer zum Vorschein gekommen ist. Allerdings fehlt der CHP die erforderliche Dynamik, um diese Politik durch eine entsprechende Parteiorganisation zu begleiten und Basisarbeit unter den Wählern zu leisten. Im Mittelpunkt der politischen Tätigkeit der CHP scheint nach wie vor sie selbst zu stehen, als das Volk. Man wird das Gefühl nicht los, dass in der CHP die meiste Energie aufgebraucht wird, um Spitzenposten innerhalb der Partei zu erkämpfen, sichere Listenplätze bei den Wahlen zu ergattern und sich als Bürgermeisterkandidaten in den Hochburgen der Partei aufstellen zu lassen!

Die CHP wurde von ihren Stammwählern schon immer dafür kritisiert, nicht „hart genug“ Opposition zu betreiben. Die Partei wurde von 2000 bis 2010 durchgehend von Deniz Baykal geführt. Baykal und seine Mannschaft versuchten, programmatische sowie parteiorganisatorische Defizite der CHP durch eine äußerst rigorose Rhetorik auszugleichen. Parallel dazu betrieben sie eine kemalistische Agitation im Sinne der „Ulusalci, die in der Armee eine „fortschrittliche Kraft“ sah. Die neue Parteispitze um Kılıçdaroğlu, seit 2010 im Amt, behielt zwar als Oppositionsführerin den harten Ton Baykals bei, versuchte aber auch, das Wählerpotenzial der CHP über den Kreis der dauerentrusteten (und oft auch selbstdestruktiven) Ulusalci, Laizisten und Kemalisten hinaus zu erweitern. Aus Enttäuschung darüber, dass die CHP am 1. November ihren Stimmanteil nicht über die 25-Prozent-Grenze ausdehnen konnte und es der AKP gelang, ihre Macht zu konsolidieren, wurde die reaktionär-kemalistische Kritik aus den eigenen Reihen lauter. Die neue Linie sei regressiv und opportunistisch, weil die Partei nach faulen Kompromissen greife. Das sind die Probleme der CHP. Wird sie den Vorsatz, ihren sozialdemokratischen Charakter stärker zu unterstreichen, durch die Arbeit an der Basis verankern können? Wird sie Kontakte zu den religiös-konservativen Massen herstellen, ja sogar auf sie einwirken können? Wird es ihr gelingen, in diesem Spannungsfeld unterschiedlicher Vorstellungen über die „richtige Lebensweise“ den Missmut ihrer Wähler darüber, dass man ihnen eine bestimmte Lebensform aufzwingen will, in Kanäle einer demokratischen Politik zu leiten, ohne dabei den Ulusalci-laizistischen Parteiflügel stärker aufleben zu lassen?

DEMOKRATISCHE PARTEI DER VÖLKER (HDP)

Hätte sie bei der Wahl am 7. Juni lediglich die Sperrklausel überwunden, hätte man schon das als ernstzunehmenden Erfolg der HDP verbuchen können. Nach dem traumhaften Ergebnis von 13,16 % bei der Wahl am 7. Juni wird sie jedoch zur Verliererin erklärt, weil ihr Stimmanteil am 1. November auf 10,7 % gesunken ist. Trotzdem darf nicht vergessen werden, dass das wiederholte Überwinden der mit 10 % wahnsinnig hohen Wahlhürde auf einen bleibenden Erfolg hinweist. In der Tradition der prokurdisch-linken Parteien wurde seit den 1990er Jahren nicht einmal die Sieben-Prozent-Marke erreicht. Das Überwinden der Sperrklausel war auch strategisch wichtig, weil eine absolute Parlamentsmehrheit der AKP nur dadurch verhindert wurde. Wäre nämlich die HDP unter der Zehn-Prozent-Hürde geblieben, so würden in den kurdischen Wahlkreisen sämtliche Parlamentssitze nach dem geltenden Wahlrecht an die AKP fallen, obwohl sie in

diesen Regionen durchschnittlich nur etwa 20 % der Stimmen erzielen konnte. Die Angst vor einem solchen Szenario dürfte auch der Grund dafür gewesen sein, warum die HDP bei dem AKP-kritischen Teil der Mainstreammedien in der letzten Zeit relativ besser gelitten ist als bisher.

Die HDP wurde schon vor der Wahl am 7. Juni von der Regierung als Feind aufgebaut und kriminalisiert, sie war auch damals Ziel der Lynchjustiz. Auf einer Kundgebung der HDP am Vortag der Wahl starben drei Personen in Diyarbakır. Aber was die Kriminalisierung und Drangsalierung betrifft, musste die HDP vor der Wahl am 1. November ein Vielfaches davon ertragen. In der Einleitung wurden die physischen Angriffe auf die HDP thematisiert. Mit dem Beginn der Kampfhandlungen gegen die PKK überzogen die Regierung und die ihr wohlgesonnenen Medien die HDP mit Beschuldigungen, der „verlängerte Arm des Terrors“ zu sein und sich nicht „von der separatistischen Terrororganisation zu distanzieren“. Dabei hatte die Parteispitze der HDP, vor allem deren Co-Vorsitzender Selahattin Demirtaş, in einer in der Geschichte der kurdischen Parteien bisher beispiellosen eigenständigen und distanzierten Art unbeirrt den Standpunkt vertreten, die PKK müsse trotz allem am Waffenstillstand festhalten. Diese echte und aufrichtige Haltung der HDP wurde jedoch ignoriert, weil sie sich nicht an einer kriegerischen Konvention zur Verurteilung der PKK mit wehenden türkischen Fahnen und patriotischen Nachrufen auf die im Kampf gegen die PKK gefallenen Soldaten beteiligte, die man ihr aufzwingen wollte.

Es trifft schon zu, dass in dieser Phase die Schere zwischen der HDP und der PKK weiter aufging. Dahinter liegt die zunehmende Spaltung innerhalb der Kurdischen Bewegung in eine „Türkei-orientierte“ und eine „Kurdistan-orientierte“ Richtung. Die HDP verfolgt die Perspektive, die Forderung nach Anerkennung der kurdischen Identität und den Anspruch auf einen selbstbestimmten Status als Bestandteil eines Demokratisierungsprozesses mit weitgehender Selbstverwaltung für alle Menschen in der Türkei zu verwirklichen. Schon ihr Name „Demokratische Partei der Völker“ unterstreicht diesen Bezug auf alle Bevölkerungsgruppen und auf die gesamte Türkei. Die Priorität der „Kurdistan-orientierten“ Richtung gilt nicht nur für den türkischen, sondern auch den irakischen, syrischen und iranischen Teil Kurdistans. Diese beiden Strömungen sind nicht als gänzlich voneinander isolierte Programme zu betrachten. Man kann schon sagen, dass diese beiden Richtungen sowohl innerhalb der HDP als auch der PKK in vielen Köpfen, auch mancher Kämpfer und Aktivisten, nebeneinander existieren, durchaus mit einer gewissen Ambivalenz.

Das alles darf nicht losgelöst von dem „Fall Rojava“ betrachtet werden. Zur Erinnerung: Der syrische Arm der PKK, die Partei der Demokratischen Union (PYD), installierte eine Selbstverwaltung auf dem Gebiet Rojava im Nordosten Syriens. Zuvor hatte die PYD das Gebiet vom Islamischen Staat (IS) zurückerobert und seitdem gegen die Angriffe des IS verteidigt. Die Selbstverwaltung in Rojava besitzt eine staatsähnliche Entität und verleiht damit nicht nur der PYD viel Macht und Prestige, sondern verstärkt dadurch sicherlich die „Kurdistan-orientierte“ Richtung. Für die Türkei-Politik der PKK ist der Schutz von Rojava genau so wichtig, wie der Schutz von kurdischen Gebieten innerhalb der Türkei, wenn nicht gar wichtiger.

Die HDP geriet nach ihrem Wahlerfolg am 7. Juni unter heftigen Beschuss ihrer politischen Gegner. Dadurch büßte nicht nur sie, sondern auch die von ihr vertretene „Türkei-orientierte“ Richtung etwas von ihrem Einfluss in kurdischen Kreisen ein. Die Hinwendung der Regierung zur Kriegspolitik sowie ihre Vorstöße, die HDP zu kriminalisieren und auszuschließen, ließen diejenigen im Recht erscheinen, die schon immer gesagt hatten, der Kampf auf dem Boden des parlamentarischen Systems sei vergebens, das „türkische System“ würde die Kurden nie in seinen Reihen akzeptieren. Diese Wahrnehmung wurde nicht zuletzt dadurch verstärkt, dass die PKK nach jedem gegen sie gerichteten Angriff den „Einsatz erhöhte“. Vor allem der Zorn der jüngeren Bevölkerung in den tagelang belagerten und beschossenen kurdischen Städten war von der HDP mit „gutem Zureden“ nicht mehr zu bremsen. In einigen dieser Städte wurden während der Kämpfe „Selbstverwaltungen“ ausgerufen oder zur „Selbstverteidigung“ Gräben an der Zufahrt umkämpfter Stadtteile angelegt. Auch das waren Anzeichen für das Näherrücken der Idee und des Empfindens für die Separation, wie sie von der „Kurdistan-orientierten“ Richtung befürwortet wird. Daneben gab es auch - vor allem im kurdischen Mittelstand - Unzufriedenheit darüber, dass die PKK zwar nicht Initiator des wiederaufgenommenen Krieges war, sich aber doch willig daran beteiligte. Es gibt schon zu denken, wenn selbst die Rechtsanwaltskammer in Diyarbakır, deren Vorsitzender verhaftet wurde, weil er der PKK bescheinigt hatte „eine politische und keine terroristische Organisation“ zu sein, die PKK auffordern musste, „den Krieg nicht in die Zivilbevölkerung zu tragen“.

Es ist nicht auszuschließen, dass am 1. November nicht nur die Unterstützung des kurdischen Mittelstands für die HDP zurückging, sondern auch die solcher Kurden, deren Vertrauen in die Politik der „Türkei-orientierten“ Richtung schwand.

Schließlich sollte man auch den Faktor Selahattin Demirtaş erwähnen. Vor allem durch seine Wahlkampagne für die Staatspräsidentenwahl 2014 trat Demirtaş als politischer Führer hervor, und zwar gleich mit einer in der Türkei bis dahin unbekanntem Intensität. Ihm gelang es, linke Werte zu verteidigen, ohne in die Kiste der Klischees zu greifen. Mit seiner ungekünstelten, nicht nach Public-Relations lechzenden Nähe zu Menschen, seiner aufrichtigen Offenheit, seiner Bescheidenheit und nicht zuletzt mit seinem erfrischenden und nicht abwertenden Humor, bewies er eine nonkonformistische Art von Charisma, die in der Türkei beispiellos ist. Er ist in der Lage, selbst solche Ideen, die den Durchschnittsbürgern radikal erscheinen, in einer besonnenen Sprache und ruhigem Ton zu erklären. Es dürfte unwiderlegbar sein, dass die Person Demirtaş als solche junge Wähler angezogen hat. Die HDP erzielte sowohl am 7. Juni, als auch am 1. November in der Gruppe der jungen Erstwähler einen überdurchschnittlichen Stimmanteil von etwa 25 %, und das auch in den westlichen Regionen der Türkei. So war es nicht verwunderlich, dass die regierungsfreundliche Presse fast Überstunden schieben musste, um Demirtaş zu verleumden und anzuschwärzen. Hier muss man aber auch sagen, dass Demirtaş' allzu sehr leuchtender Stern auch innerhalb der kurdischen Bewegung zu Irritationen führte. Einige Beobachter vermuten gar, dass die Ausweitung der Kampfhandlungen dazu dienen sollte, an den Vorrang des bewaffneten Kampfes zu erinnern und –vielleicht nicht subjektiv, aber doch objektiv- Demirtaş in seine Schranken zu weisen.

Die HDP konnte in zehn kurdischen Provinzen über 50 %, in zwei weiteren zwischen 30 – 50 % aller Wählerstimmen für sich gewinnen. In den beiden südtürkischen Metropolen Adana und Mersin, sowie in Istanbul und Izmir hat sie mit jeweils knapp über 10 % Präsenz gezeigt. Symbolisch war es sehr wichtig, dass die HDP bei der Wahl am 7. Juni in den Großstädten Antalya, Bursa und Kocaeli in den westlichen und südlichen Küstenregionen der Türkei jeweils einen Abgeordnetensitz gewinnen konnte. Der Verlust dieser Mandate am 1. November war für die HDP demoralisierend. Zum einen wurde dadurch das Ziel verfehlt, sich nicht ausschließlich in die kurdischen Gebiete drängen zu lassen. Zum anderen wurde auch der Anspruch nicht erfüllt, für die gesamte Türkei da zu sein. Diese Verluste werden vorwiegend „mit der Rückkehr der geliehenen Stimmen“ erklärt. Mit geliehenen Stimmen sind der CHP nahe Wähler gemeint, die am 7. Juni für die HDP votiert hätten, um sie über die Zehn-Prozent-Hürde zu heben und somit eine absolute Mehrheit der AKP zu verhindern. Auch wenn eine Rückkehr dieser Stimmen tatsächlich nachvollziehbar ist, kann man gleichzeitig beobachten, dass die HDP in vielen westlichen Wahlkreisen von nichtkurdischen Wählern mehr Stimmen bekommen hat, als es noch vor 2015 der Fall gewesen war. Kein massenhafter Zulauf sicherlich, aber doch symbolisch nicht unwichtig.

Tanıl Bora ist Journalist, Autor, Mitherausgeber bzw. Chefredakteur der politisch-theoretischen Zeitschrift "Birikim", Cheflektor des Verlags İletişim.

Der Text wurde von Tarık Seden übersetzt.